

Morgenausgabe

Nr. 339 49. Jahrgang  
A 167

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M.  
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellge-  
bühren. Auslandsabonnement 5,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Druckfachenporto 4,65 M.

\*  
Bei Ausfall der Lieferung wegen  
höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
der Abonnenten auf Ersatz.

\*  
Erscheinungsweise und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen  
Teils.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
21. Juli 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Gef., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

# An die Partei!

## Sozialdemokratie im Kampf um Freiheit!

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechts-  
zustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller  
Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen  
Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegen-  
wärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zu-  
sammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozia-  
listischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind

**in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten! Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli! Freiheit!**

**Berlin, 20. Juli 1932**

**Der Parteivorstand**

# Alle Minister abgesetzt!

**Papen entfernt die gesamte preussische Staatsregierung.**

Ämtlich wird mitgeteilt: Nachdem die preussischen Staatsminister Hirtzinger, Steiger, Klepper, Schreiber Schmidt und Grimme dem Reichskanzler mit Schreiben vom 20. Juli d. J. erklärt haben, daß sie es ablehnen, der von ihm erlassenen Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung Folge zu leisten, hat der Reichskanzler die genannten Staatsminister kraft der ihm durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 (Reichsgesetzblatt Teil 1 S. 377) erteilten Vollmacht von der Führung der laufenden Geschäfte ihres Geschäftsbereichs als Staatsminister entho ben.

Die kommissarische Verwaltung des preussischen Landwirtschaftsministeriums wird der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Muffel übernehmen, das Handelsministerium der Bankkommissar Ernst und das Finanzministerium Staatssekretär Schleusinger. Wegen Uebernahme der übrigen Ministerien wird Donnerstag zunächst mit den betreffenden Staatssekretären verhandelt werden. Der Staatssekretär im preussischen Innenministerium Abegg ist auch seines Postens enthoben worden, ebenso die Staatssekretäre Staudinger und Krueger.

## Mit Gewalt!

Die Reichsregierung hat gestern in Vollendung des Schlages, den sie gegen Preußen geführt hat, Innenminister Severing sowie den Polizeipräsidenten Orzeszinski, den Vizepolizeipräsidenten

Dr. Weich und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Seimannsberg mit Gewalt von ihren Ämtern entfernt.

## Bracht bei Severing.

Nachdem Genosse Severing dem Herrn von Papen gegenüber auf das energischste seinen Rechtsstandpunkt klargelegt hatte, wurde ihm angekündigt, daß Bracht, der von Papen ernannte kommissarische Innenminister, ihn um vier Uhr aufsuchen würde.

Die Unterredung zwischen Severing und Bracht war sehr kurz. Severing erklärte Bracht, er sehe das Vorgehen der Reichsregierung als verfassungswidrig an und lehne es ab, die Geschäfte zu übergeben. Er weiche nur der Gewalt.

Bracht verließ daraufhin sofort das Gebäude des preussischen Innenministeriums.

## Gewaltandrohung gegen Severing.

Um 8 Uhr abends erschien der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, der bisherige Offener Oberbürgermeister Bracht in Begleitung des gewalttätigen Berliner Polizeipräsidenten und eines Offiziers im preussischen Ministerium des Innern. Sie forderten Severing auf, sein Amtszimmer zu verlassen. Severing weigerte sich. Ihm wurde daraufhin erklärt,

daß dann Gewalt angewandt werden würde.

Severing erwiderte, daß er nach außen kein Signal zum Blutvergießen geben wolle: im Interesse Deutschlands und Preußens, er weiche der Gewalt! Severing begab sich dann in seine Dienstwohnung.